Internationalismustage der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) / 25. & 26.10 / Berlin

Mehringhof, Gneisenaustr. 2a / U6 + U7 Mehringdamm

Kontroverse Workshops – Podiumsdiskussionen -Analysen zu Themen wie Griechenland, Kurdistan Palästina, Ukraine, Spanien, Türkei und vieles mehr. Zwei Tage Debatte und Positionsfindung. Wir laden ein!

Mit Teilnehmern von Podemos, Marx 21, IL, Borotba PYG, ARAB und natürlich der NaO.

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land." Hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges hat die Losung Karl Liebknechts an ihrer Aktualität – leider – nichts eingebüßt.
Die kapitalistische Krise führt zu sozialen Verwerfungen und historischen Angriffen auf die Lohnabhängigen, auf Jugendliche und RentnerInnen, auf Frauen und sexuell Unterdrückte, Flüchtlinge und MigrantInnen.
Sie hat zugleich die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Großmächten verschärft. Die USA, China, Russland, aber eben auch Deutschland und die von ihm geführte EU streben nach einer Neuaufteilung der Welt – mit allen verheerenden Konsequenzen, wie wir neuerdings auch in Europa, in der Ukraine erleben.

Widerstand gegen diese Politik gab und gibt es immer wieder. Aber er blieb fast immer auf einzelne Länder beschränkt. Ideologisch wurde er bestenfalls von reformistischen, populistischen oder nationalistischen Kräften geprägt. Revolutionäre, anti-kapitalistische und internationalistische Kräfte spielten in der Regel nur eine Nebenrolle.
In Deutschland erscheint die Lage „ruhig". Dabei hat auch hier die Arbeiterklasse mit der Agenda 2010 eine einschneidende Niederlage erlebt.

Der deutsche Imperialismus will Europa in seinem Interesse „organisieren“. Die „radikale Linke“ befindet sich in Verwirrung und Schockstarre, flüchtet sich in Selbstbeschau und/oder Opportunismus.

Ein neuer Internationalismus ist angesichts von Krieg und Krise nötig – eine revolutionäre Alternative gilt es aufzubauen, die sowohl politisch klar, wie handelsfähig ist. Dazu sollen die Debatten bei den Internationalismustagen einen Betrag leisten.

Hier das Programm für die zwei Tage:

Samstag, 25. Oktober 2014

13.00 – 15.00: Workshopphase 1
Ein neuer Internationalismus entsteht – Neugruppierungsprojekte der Linken konkret

WS 1: Podemos – Selbstorganisation und Massenmobilisierung

WS 2: Solidarität mit Rojava! Waffen für die JPGYPJ!

WS 3: Die Awami Workers Party – Umgruppierung in Pakistan

WS 4: Griechenland: Die Erfahrungen von Syriza und Antarsya

16.00 – 18.00: Workshopphase 2
Internationalismus als Bewegungsritual oder den Hausbau mit dem Fundament beginnen.

WS 1
Revolution – Transformation – Dekonstruktion
Inputs von NaO Berlin und Rosa Luxemburg Stiftung

WS 2
Flucht und Migration – eine neue Arbeiterklasse mit Potential?
Inputs von NaO Berlin und Revolution

WS 3
Revolutionäres Programm – Hindernis oder Essential einer

antikapitalistischen Kraft
Inputs von Gruppe Arbeitermacht und Interventionistische Linke

WS 4
Die Erfahrungen der Jugendinternationale im Ersten Weltkrieg
Input von Revolution

18.30 – 21.00: Podiumsdiskussion
Welchen Internationalismus im 21. Jahrhundert?
Podemos, Borotba, Marx21, PYD, OKDE-Spartacus, NaO Berlin

Sonntag, 26. Oktober 2014

11.00 – 13.00: Workshopphase 3
Die Internationale versagt am Beginn des Ersten Weltkriegs

WS 1
Der Erste Weltkrieg: Betriebsunfall der Geschichte oder Folge imperialistischer Konkurrenz?

WS 2
Im Zweifel für das Vaterland – der Verrat der SPD

WS 3
USPD, Spartacusbund und Lenins Position des revolutionären Defaitismus

14.00 – 16.30: Workshopphase 4
Der Internationalismus in Schwierigkeiten

14.00 – 14.20
Impulsreferat: Kampf um die Neuaufteilung der Welt und die kapitalistische Krise

WS 1:
Palästina/ Israel – Vorsicht Explosionsgefahr auch in der Linken
Implusreferate von Gruppe Arbeitermacht und „Informationsdienst für kritische Medienpraxis“

Ws 2
Kurdistan/Türkei, Syrien/Nahost – wer gegen wen? Und die Linke mittendrin!
Implusreferate von ARAB und ISL

WS 3:
Ukraine im Fadenkreuz – Maidan, die Imperialisten und was will Putin?
Impulsreferate von Gruppe Arbeitermacht und Marx21

17.00 – 18.00
Abschlussdebatte: Antiimperialismus in Europa heute
Einleitung und Moderation: NaO Berlin

mehr Infos unter: nao-prozess.de

Bericht zur Kurdistan Demonstration in Kassel am vergangenem Samstag, 18.10.2014

Unter dem Motto „Der kurdische Widerstand – Zwischen IS Terror, Embargo und ausländischer Intervention“ rief die Neue antikapitalistische Organisation (NaO) gemeinsam mit dem Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) und der kurdischen Gesellschaft Kassel am vergangenem Samstag zur Demonstration auf. Als Teil der NaO waren auch wir von der Jugendorganisation REVOLUTION an der Planung, Mobilisierung und Durchführung der Demonstration beteiligt.

Bereits am vorangegangenem Donnerstag organisierten wir gemeinsam mit

unseren kurdischen Genoss_Innen eine Info- und Diskussionsveranstaltung zum Widerstand gegen den IS in Rojava/Kobane, welche Teil unserer Mobilisierung war. Diese Veranstaltung war schon ein großer Erfolg und zeigte mit seinen über 70 Besucher_Innen, wie groß das Interesse an der Thematik ist und die Diskussion am Ende wie viele Menschen aktiv Solidarität leisten möchten.

Unserem relativ kurzfristigen Aufruf, auf die Straße zu gehen, Solidarität mit dem kurdischen Widerstand zu bekunden und Öffentlichkeit zu schaffen, folgten dann am Samstag weit mehr als 500 Menschen. So ziemlich jede linke Gruppe in Kassel schloss sich unserem Protest an; wir von REVOLUTION waren mit ca 10 GenossInnen, vielen Fahnen und Transparenten vertreten und vor allem unsere kurdischen Genoss_Innen hatten kräftig Leute mobilisiert. Viele jüngere AktivistInnen und viele kämpferische Frauen beteiligten sich an der Demonstration.

Unterstützung gab es auch aus anderen Städten, darunter Fulda, Göttingen, Frankfurt und Dortmund. So liefen wir um 15 Uhr lautstark und hochmotiviert mit Transparenten und Fahnen bei bestem Wetter von der Hauptpost los.

Während wir durch die Innenstadt zogen forderten die Massen in Sprechchören internationale Solidarität, eine Aufhebung des PKK-Verbots, die Freiheit für Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen und Unterstützung für die YPG/YPJ. Ebenso wurde die Politik Erdogans, welcher den IS unterstützt und Kurd_Innen nicht nach Kobane zum Kämpfen lässt, verurteilt.

Auf der Hälfte der Strecke wurde nach einem Redebeitrag eine Schweigeminute für die gefallenen Held_Innen von Kobane eingelegt, die den barbarischen Horden des IS seit Wochen in zahlenmäßiger und waffentechnischer Unterlegenheit tapferen Widerstand leisteten.

Die zahlreichen Passant_Innen beobachteten den Demonstrationszug interessiert, nicht wenige schlossen sich spontan an.

Auf der Abschlusskundgebung auf dem Königsplatz wurde gesungen, getanzt

und es gab eine Reihe von Redebeiträgen, welche die Fortschrittlichkeit des kurdischen Projektes in Sachen Frauenbefreiung, Basisdemokratie und Einbindung aller kultureller und ethnischer Gruppen in den Vordergrund rückten. Ebenso wurde der westliche Imperialismus und seine rein profit- und geostrategischorientierten Interessen in der Region scharf angegriffen.

Auch wir haben einen Redebeitrag geliefert, den wir nun im Wortlaut zitieren:

„Hallo, ich bin Lars von der unabhängigen internationalen Jugendorganisation REVOLUTION.

Wir von REVOLUTION unterstützen den Befreiungskampf der Kurd_Innen in Kobanê und überall sonst! Es ist wichtig diesen Kampf auch auf die deutschen Straßen zu tragen, denn der deutsche Staat trägt eine große Mitschuld an der Unterdrückung der Kurd_Innen.

Tagtäglich setzt die Türkei als größter Empfänger deutscher Rüstungsexporte die Unterdrückung der Kurd_Innen auch mit Waffen aus Deutschland durch! Auch die Ausbildung türkischer Soldat_Innen wird von Deutschland unterstützt.

Es hat schon fast Tradition, dass Kurd_Innen durch die deutsche Rüstungsindustrie sterben: In den 1980er Jahren tötet das irakische Hussein-Regime tausende widerständige Kurd_Innen mit Giftgas, welches aus irakischen Fabriken kam, die mit deutscher Hilfe aufgebaut wurden.

Auch am Aufkommen des IS trägt Deutschland als NATO-Verbündeter der USA Mitschuld: Die USA haben mit ihrer Nahost Politik seit den 1970er Jahren die Situation dort immer weiter verschärft. Sie haben die Dschihad – Gruppen in Afghanistan gegen die Sowjetunion aufgebaut, Hussein gegen den Iran bewaffnet und dann beseitigt, sunnitische und schiitische Gruppen gegeneinander ausgespielt. Das Resultat dieser Politik ist der IS. Dieser USA stand die BRD stets als Partner zur Seite, wenn nicht militärisch, dann doch mindestens wirtschaftlich!

Jetzt nutzt der Westen den Vormarsch des IS als Vorwand um sich militärisch im Nahen Osten zu verankern und sich so den Großteil des weltweit bekannten Ölvorkommens zu sichern. Deswegen galten die ersten Luftangriffe Erdölanlagen des IS und nicht den IS – Stellungen vor Kobanê.

Für uns ist der Kampf gegen den IS deshalb klar ein antiimperialistischer und antifaschistischer!

Das auch Deutschland kein befreites Kurdistan will, zeigt die Tatsache, das die PKK, mit die einzige Kraft, die den IS effektiv bekämpft, weiterhin verboten ist. Für uns ist das nicht hinnehmbar!

Die Mitschuld Deutschlands am Elend der Kurd_Innen und der gesamten Region zeigt klar die Notwendigkeit von internationaler Solidarität! Deswegen haben wir von REVOLUTION als Teil der NaO eine Spendenkampagne zur Unterstützung der YPG / YPJ eingeleitet. Innerhalb von gut 3 Wochen sind schon 30.000 Euro an die kurdischen Selbstverteidigungskräfte gegangen. Mittlerweile gibt es aus ganz Europa Zuspruch für die Kampagne und wir rufen auch weiterhin zur Unterstützung der Spendensammlung auf!

Die Frage, ob man den Kampf der Kurd_Innen in Rojava mit Waffen unterstützen soll, beantworten wir also klar mit Ja!, denn das ganze ist eine Frage zwischen einem Kobanê unter dem IS und einem Kobanê, was einen der freisten Ort des gesamten Nahen Osten darstellt.

Für uns ist mittelfristig deshalb auch die Frage nach dem Aufbau von revolutionär-sozialistischen Parteien im Nahen Osten unumgänglich, denn nur so wird letztlich ein dauerhafter Frieden und ein freier Naher Osten erreicht werden können, da sich die Region nur so vom Imperialismus, der Ursache der dortigen Kriege, unabhängig machen kann.

Das heißt auch den Barzani-Clan zu kritisieren, der sich bereits im Irakkrieg 2003 zum Handlanger des Imperialismus machte.

Aktuell fordern wir vom deutschen Staat:

- Die Aufhebung des Verbotes der PKK und damit die Freiheit für alle politischen Gefangenen!
- Den Stopp aller Rüstungsexporte an Unterdrückerstaaten und imperiale Handlanger!
- Massive Unterstützung der YPG / YPJ ohne irgendwelche imperialistischen Bedingungen!
- Die Anerkennung Rojavas!
- Den gänzlichen Abzug der Bundeswehr aus dem Nahen Osten und der ganzen Welt!

Das fordern wir natürlich auch von allen anderen Imperialstaaten.

Die Bewegung muss den Kampf der letzten Wochen fortführen und die öffentliche Aufmerksamkeit weiter auf sich und den kurdischen Kampf ziehen – das tun wir auch heute hier in Kassel!

Für ein einiges, freies, säkulares und unabhängiges Kurdistan!

Bijî Berxwedana Kobanê!“

Ein Bericht von Lukas Müller, REVOLUTION Kassel

Grundlagen des Marxismus: historischer Materialismus

Grundlagen des Marxismus: Marxismus ist eine Wissenschaft, die keine_r von uns an einem einzigen Tag komplett verstehen wird. Vielmehr ist es wichtig sich(und natürlich auch andere) ständig zu bilden. Diese Kolumme wird in Zukunft regelmäßig in unserer Zeitung und auf www.onesolutionrevolution.de erscheinen und in loser Reihenfolge Themen marxistischer Theorie erklären.

Der Materialismus sieht die Materie als das Einzige an. Darüber gibt es nichts: keine göttliche Macht, die für die Schöpfung verantwortlich wäre, kein übersinnliches Bewusstsein: Alles ist auf geologische, physikalische, biologische, chemische, usw. Vorgänge zurückzuführen. Marx war der Erste, der den Materialismus konsequent auch auf Gesellschaft und Geschichte anwendete. Seine Geschichtsauffassung geht daher nicht von willkürlichen Voraussetzungen, Ideen, o.ä. aus, sondern nimmt die materiellen Voraussetzungen, Lebensbedingungen und Aktionen der Menschen als Ausgangspunkt seiner Analyse.

Damit überhaupt Geschichte gemacht werden kann, muss es lebende Individuen geben. Diese müssen um zu existieren essen, trinken, schlafen, kurz durch Nahrungsbeschaffung, Kleiderherstellung, Wohnraumschaffung, usw. ihr Leben wiedererzeugen. Die Tätigkeit der Produktion bestimmt damit die Lebensweise der Menschen, die Art wie sie ihr Leben gestalten. Und, „Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie“, [Karl Marx]. Was sie sind, ist also mit den materiellen Bedingungen ihrer Produktion und deshalb mit den Fragen Wie und Was produziert wird verknüpft. Die Beziehungen der Menschen untereinander sind somit von der Art und Weise wie die Menschen die Produkte austauschen abhängig. Kurz gesagt bestimmt das Sein das Bewusstsein.

In der Geschichte hat es sehr verschiedene Stellungen gegeben, die ein Mensch in der gesamtgesellschaftlichen Produktion einnehmen kann. Diese sind mit dem Grad der Teilung der Arbeit und den daraus resultierenden Eigentumsverhältnissen verknüpft. Davon wiederum ist abhängig, welcher Klasse eine Person angehört. Die Menschheitsgeschichte bewegt sich seit der Antike, nicht aber seit der Urgesellschaft ausschließlich in dem Prozess des Kampfes, den die Klassen auf Grund ihrer verschiedenen ökonomischen Interessen führen. Die mittelalterliche oder feudale Gesellschaft war anfänglich z.B. hauptsächlich von dem Gegensatz zwischen leibeigenen Bauern und dem Land besitzenden Feudaladel bestimmt.

Auch unsere heutige Gesellschaft musste auf der Grundlage von Klassenkämpfen entstehen. Bis zu einem bestimmten Punkt war die feudale Produktionsweise sinnvoll. Sie ermöglichte die Bildung einer Reihe großer

Nationen und sorgte für einen enormen technischen Fortschritt im 14. und 15. Jahrhundert. Die Ausweitung des Handels, der Waren und der Industrie überhaupt durch die Entdeckung Amerikas und die Kolonisierung ließen das Zunftwesen allerdings zu einem Hemmnis der Produktion werden. Es wurde durch die Einführung der Gewerbefreiheit (in Deutschland 1810) zerschlagen und damit die Basis für die Manufakturen geschaffen. Damit einher ging die Entwicklung des bürgerlichen Produzenten, dem revolutionären Element in der zerfallenden feudalen Gesellschaft. Revolutionär, da sie die unterdrückte Klasse war, die die sozialen Voraussetzungen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft hatte. Mit der Einführung der Maschinerie und der Großindustrie eroberte sich die Bourgeoisie die vollständige ökonomische Macht. Das ständische Eigentum und die Klassenherrschaft der Adels waren damit nicht mehr vereinbar. Das Bürgertum erkämpfte sich, gestützt auf Handwerker und Bauern, die politische Macht und führte das Privateigentum ein. Ganz klassisch passierte das in der französischen Revolution von 1789.

Doch der Kapitalismus hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben, sondern nur neue Formen der Unterdrückung und des Klassenkampfes an Stelle der alten gesetzt. Lässt man die Zwischenklassen weg, so spaltet sich die bürgerliche Gesellschaft in die Besitzende, die ArbeiterInnen, und LohnarbeiterInnen; „Die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt“ [Karl Marx].

Bürgerliche Herrlichkeiten wie: Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit, soziale Marktwirtschaft oder demokratischer Rechtsstaat können nicht über die bestehenden Klassengegensätze hinwegtäuschen. Die überwiegende Mehrheit der Lohnarbeiter wird niemals soviel Geld haben, um sich eine Fabrik zu kaufen und die Chefs von Siemens oder der Deutschen Bank werden wohl nie für ein paar Euros putzen gehen.

Auch die juristische Gleichheit nutzt bei ökonomischer Ungleichheit wenig. Wer sich keinen guten Anwalt leisten kann verliert eher eine Gerichtsverhandlung. Polizei, Verfassungsschutz, Richter und Staatsanwälte

sind dabei nicht unparteiisch, wie beispielsweise die NSU-Prozesse oder der Schauprozess des inhaftierten Antifaschisten Joseph zeigen. Außerdem handeln sie nur nach dem bürgerlichen Recht, was letztlich nur der in Gesetzesform gefasster Ausdruck der bürgerlichen Klassenherrschaft ist.

Vor ca. 100 Jahren trat der Kapitalismus in eine Epoche ein, in der er nicht mehr fortschrittlich sein konnte. Überproduktionskrisen und Kriege vernichten regelmäßig die schon geschaffenen Produktionsmittel; für die Unternehmen sind die Nationalgrenzen ein Hemmnis geworden, da sie international verkehren. Die Klasse der Lohnarbeiter_innen ist, nach ihrer gesellschaftlichen Stellung her, die einzige Klasse, die Interesse und Programm hat, diese inneren Widersprüche aufzuheben. Diese Revolution wird das gemeinschaftliche Eigentum anstelle des Privateigentums, die Klassenlosigkeit anstelle der Klassengesellschaft einführen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Triebkräfte der Geschichte auf die Kämpfe sozioökonomischer Klassen zurückführen sind. Sie bedingen auch alle anderen Aspekte der menschlichen Gesellschaft, also auch Kunst, Religion, Philosophie, Wissenschaft usw. Auch tragen diese Kämpfe notwendigerweise eine politischen Hülle, wie z.B. die Herrschaft der Bourgeoisie durch den Staat geregelt wird und sich daher der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat richten muss. Die Eigentumsverhältnisse entsprechen den Produktivkräften auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung nicht mehr. An diesem Punkt wird eine soziale Revolution nötig, die eine Klasse anführen muss, die sich in der alten Gesellschaft gebildet hat und den Keim für die neue bereits in sich trägt. Durch die Entwicklung des Kapitalismus ist nun der Punkt gekommen, indem nur die Abschaffung der Klassen überhaupt den Weg für eine fortschrittliche Gesellschaft eröffnen kann.

Sind diese Aussagen erst mal gemacht, kann aber nicht bei der Theorie stehen geblieben werden. Sie findet ihre Lösung einzig in der menschlichen Praxis. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an sie zu verändern“, sagt Marx in seinen berühmten Thesen über Feuerbach. Wir müssen also entschieden den einzig logischen Entschluss ziehen: „Auf zum Kampf“.

Ein Artikel von Henry Schmidt, REVOLUTION Fulda

Zusammenfassung und Aussicht des Ukraine-Konflikt

Die Ukraine ist Ende letzten Jahres in eine Regierungskrise gestürzt, die sich zu einem verheerenden Bürgerkrieg entwickelt hat. Die wahren Gründe der Krise und was wirklich vor Ort passiert, werden von der westlichen, als auch der russischen Propaganda nur zu gerne verschwiegen und verdreht. Vor allem deshalb ist es für linke Gruppen wichtig aufzuklären und Position zu beziehen.

Die Gründe der Krise

Die Wirtschaft der Ukraine ist spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2007/08 am Ende. Die Löhne sind die niedrigsten in ganz Europa, das Land muss mehr importieren, als es exportieren kann und hat sich in den letzten Jahren zu einer unprofitablen Rohstoffindustrie entwickelt.

Innerhalb der herrschenden Klasse gibt es eine massive Spaltung. Einige Superreiche möchte ihr Kapital in den Westen integrieren, da es dort mehr und vielversprechendere Investitionsmöglichkeiten gibt. Der andere Teil der ukrainischen Kapitalisten ist jedoch nicht im Besitz von genug Investitionskapital um in der westeuropäischen Wirtschaft Fuß fassen zu können. So kam es zu einer Spaltung innerhalb der nationalen Bourgeoisie. Personifiziert werden diese Spannungen durch Janukowitsch, welcher erst eine West-, dann jedoch eine Ostintegration der Ukraine anstrebte. Der Grund hierfür liegt darin, dass die seitens der Ukraine benötigten Kredite zwar sowohl von er EU, als auch von Russland gestellt worden wären, doch Russland band diese nicht an Reformen der sozialen Kürzung. Die Folge des Abkommens der Ukraine mit Russland anstatt der EU war der Euromaidan.

Euromaidan

Die Empörung der Bevölkerung über das Blockieren des Assoziierungsabkommen war zunächst sehr klein. Kein Wunder, sie kann sich nichts davon erhoffen. Die Schicht der Milliardäre, welche eine Westintegration anstreben, nutzte ihre Macht und rief in ihren Fernsehsendern und in Millionen von Flugblättern zur Teilnahme an den Protesten gegen die repressive Regierung auf. Dabei waren die Aktionen nur auf Kiew beschränkt. Unter den Teilnehmern waren lediglich 50% aus der Hauptstadt. Der Rest wurde, bezahlt von der Oligarchie, aus dem Westen und der Mitte des Landes heran gekarrt. Die Protestbewegung setzte sich aus Arbeitslosen und kleinbürgerlichen Liberalen zusammen, die jedoch sehr schwach waren und ohne eigene Forderungen auftraten. Die Avantgarde bestand von Anfang an aus militanten Neonazis, die sich schnell als die Speerspitze des Euromaidan entpuppten. Russischsprachige Ukrainer waren unterrepräsentiert, Linke und Jüd_Innen wurden vom Platz geprügelt. Deshalb nahm die Bewegung einen nationalistischen Charakter an, was sich an den Parolen und der Zusammensetzung festmachen lässt. Die Forderung nach sozialen Reformen wurde zu keinem Zeitpunkt erhoben. Die komplette Infrastruktur (Wasser, Essen, Strom, Wärme (im Winter!), Betten, Zelt, usw.) wäre ohne Unterstützung der Bourgeoisie niemals finanzierbar gewesen.

Durch das paramilitärische Auftreten des Faschismus konnte die Regierung am 21. Februar 2014 schließlich gestürzt werden.

Die neue Regierung

Das Kiewer Regime setzte sich hauptsächlich aus Vertreter_Innen der neoliberalen Vaterlandspartei zusammen, die der Oligarchie am genehmsten war. Allerdings sind auch Vertreter der offen faschistischen Swobodapartei beteiligt.

Nachdem ein neuer Präsident „gewählt“ worden und das Assoziierungsabkommen mit der EU unterschrieben war, erklärte sich der russisch und stark proletarisch geprägte Südosten der Ukraine, welcher vor allem vom sozialen Kahlschlag und den verminderten Handelsbeziehungen zu Russland betroffen gewesen wäre, für unabhängig und baute eine Widerstandsbewegung gegen die neoliberal-nationalistische Regierung auf.

Der Bürgerkrieg

Sofort versuchte Kiew den Donbass militärisch wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Die nationalen Streitkräfte konnten anfangs große Erfolge erzielen, sodass es nach einem schnellen Aus für die „Separatist_Innen“ aussah. Während der Kämpfe verübten beide Seiten Kriegsverbrechen. Es zeigte sich schnell, dass die Streitkräfte der Regierung in einem völlig desolaten Zustand waren. Veraltete Ausrüstung, unzureichende Ausbildung und die angeschlagene Wirtschaft ließen die Offensive vor Donezk und Lugansk stecken bleiben. Für den Krieg wurde eine Kriegssteuer erhoben und die Wehrpflicht bestehen gelassen. Zwar wurde Donezk belagert und die Innenstadt mit Artillerie beschossen, weswegen hunderte Zivilisten starben, für eine Stürmung reichten die Kräfte jedoch nicht aus.

Die aktuelle Situation

Wegen der drohenden Niederlage musste Kiew einem von Russland vorgelegten Friedensplan zustimmen, den auch die unabhängigen Republiken unterstützten. Dieser bleibt allerdings sehr unklar, vor allem in der Frage der Unabhängigkeit. Offiziell räumt man den „Separatist_Innen“ eine Teilautonomie ein. Was das heißen soll ist fraglich. Außerdem bleibt das Ziel für Teile der Separatist_Innen weiterhin ein vollständig eigenständiger Staat. Lediglich die Waffenruhe, ein Gefangenenaustausch und humanitäre Hilfe sind klare Vereinbarungen. Punkte, wie die Auflösung „illegaler Militäreinheiten“, Straffreiheit für die Aufständischen, usw. sind sehr unscharfe. Auch wie mit der dort geschehenen Enteignung der Oligarchie verfahren werden soll bleibt unklar. Der Präsident Poroschenko ist der Mann hinter diesen Einigungen, während Timoschenkos Vaterlandspartei und die Faschist_Innen den Frieden als feige Kapitulation sehen.

Weiter sollen Ende Oktober Parlamentswahlen stattfinden, bei der Poroschenko versuchen wird die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung in Parlamentssitze umzuwandeln,wobei von demokratischen Wahlen bei staatlichen und faschistischen Angriffen auf progressive Kräfte nicht gesprochen werden kann.

Klar ist, das weder der Bürgerkrieg, noch der Kampf der Oligarchie und der Faschist_Innen gegen die Lohnabhängigen auf lange Sicht beendet ist.

Die Faschisten

Der Faschismus in der Ukraine ist der klassische ukrainische Faschismus, wie er aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs bekannt ist. Stepan Bandera wird von den Faschist_Innen als Nationalheld gefeiert. Dieser kämpfte für die Unabhängigkeit der Ukraine und kollaborierte als Chef der paramilitärischen OUN mit den Nazis im Kampf gegen die UdSSR. Weiter waren er (und seine Organisation) am Holocaust in der Ukraine beteiligt. Man hetzt hauptsächlich gegen Linke, Russen_Innen, Pol_Innen und Jüd_Innen.



Das faschistische Massaker von Odessa – die Sicherheitskräfte griffen nicht ein, im Westen wurde kaum berichtet. Unter den Blumen ein faschistsiches Symbol (Keltenkreuz).

Im November 2013 schlossen sich einige Nazigruppen zum Rechten Sektor zusammen. Dieser trug den größten Anteil bei dem Sturz Janukowitschs, da die Nazis schon seit Jahrzehnten paramilitärisch organisiert sind und als Fußball Hooligans Erfahrung im Straßenkampf mitbrachten. Damit stellten sie nichts anderes dar, als die Knute in der Hand der pro-westlichen Bourgeoisie. Dementsprechend wurden sie von der herrschenden Klasse finanziert. Durch den Euromaidan konnten sie weiter Kampferfahrung sammeln und erlebten einen beispiellosen Zustrom an Mitglieder. Noch bedrohlicher ist aber, dass sich die Nazis als Vorkämpfer_Innen des Volkes präsentieren und so eine Welle der Unterstützung und Akzeptanz für ihre bestialische Ideologie erfahren.
Auch im Bürgerkrieg spielen die Faschist_Innen eine entscheidende Rolle. Nach dem Ende der Unruhen in Kiew wurden die Straßenkämpfer_Innen in der Nationalgarde zusammengefasst, die dem Innenministerium zumindest formal unterstellt sind. Diese wehrt sich gegen die Eingliederung in die regulären Streitkräfte und werden momentan von ultrarechte Warlords wie z. B. Dmytro Jarosch, einer der Führungsfiguren des Rechten Sektors, kommandiert. Sie nutzten den Bürgerkrieg um sich zu bewaffnen, auszubilden, ihre Strukturen auszubauen und um aus Rassismus gegen den russisch-sprachigen Teil der Bevölkerung vorzugehen.

Die faschistischen Milizen umfassen über 12.000 Freiwillige und sind wegen Folter und Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung gefürchtet. Finanziert werden sie teilweise durch die Regierung, teils durch die Bourgeoisie.

Die Stellung zur Regierung ist eine feindliche. Sie sehen die Westintegration als Verrat an der Ukraine an. Weiter missfällt ihnen der Friedensplan. Sie treten dagegen für eine Wiederaufnahme der Kämpfe ein. Solange der Bürgerkrieg nicht beendet ist haben sie eine erhebliche Macht auf die Regierung,da diese auf die Neonazis angewiesen ist. So drohte der Rechte Sektor im August damit seine Truppen nach Kiew marschieren zu lassen, wenn nicht inhaftierte Anhänger_Innen entlassen würden, der Vizeinnenminister entlassen wird und ihr Engagement im Krieg anerkannt wird. Den Forderungen wurde umgehend Folge geleistet.

Doch auch nach dem Krieg stellen der massiv erstarke Faschismus und seine militärische Ausrüstung und Erfahrung ein großes Problem dar. Während des Krieges schafften die Milizen Waffen in den Westen, um nach beendetem Krieg möglicher Weise einen Putsch gegen die Regierung zu führen. Auch finden immer wieder gewaltsame Demonstrationen in Kiew statt, wie z.B. die Gedenkfeier für die UPA (Stepan Banderas Faschisten-Miliz). Diese wurde maßgeblich von der Swobodapartei organisiert, die bei den Parlamentswahlen 2013 über 10% erhielt, in 3 der 24 Oblaste sogar
über 30% erreichen konnte! Erschreckend ist, dass bereits heute die Nazis mit dem Militär, der Polizei und der Regierung verflochten sind. Als Beispiele können der Generalstaatsanwalt und der Verteidigungsminister genannt werden, die beide offene Nazis sind.
Bei der Bewertung dieser Entwicklung sollte man sich der historischen Aufgabe des Faschismus bewusst werden. Der Faschismus ist eine Massenbewegung, hauptsächlich von Arbeitslosen und Kleinbürgertum getragen. Sie greift sofort alle Errungenschaften und Organisation der Arbeiter_Innenschaft an. In der Ukraine drückte sich dies durch brutale Angriffe auf Linke, Gewerkschafter_Innen, Zerstörung von Leninstatuen (was angesichts der im Kollektivgedächtnis der Ukrainer verankerten und mit den Statuen in Verbindung stehenden Stalin-Diktatur zumindest etwas

verständlich ist) und Verwüstung von Räumlichkeiten linker Organisationen, wie der (nicht fortschrittlichen) KPU oder Borotba aus. Auch ist das Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2.5.2014 zu nennen. Der Faschismus hat also aus Sicht des Kapitals die einzige Aufgabe die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu Gunsten der Bourgeoisie zu verbessern, wobei es sich hier einem rassistischen und sexistischen Deckmantel zur Rechtfertigung bedient. Damit sind vor allem die völlige Vernichtung von Arbeiter_Innenrechten und Demokratie gemeint. Oft führt dies zu einer gewagten militärischen Expansion, um Rohstoff- und Absatzmärkte zu erobern. Die faschistischen Banden können jedoch nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht vom Großbürgertum unterstützt werden, wie dies auf dem Maidan oder bei den Freiwilligenbataillonen im Bürgerkrieg schon der Fall gewesen ist, bzw. aktuell der Fall ist.

Die Regierung in Kiew wird mit der Westanbindung für die Bevölkerung nur weiteres Elend schaffen. Dies und ein verlorener Krieg könnten ein weiteres Anwachsen der Reaktionäre, den Sturz des Kiewer Regimes und eine faschistische Diktatur Realität werden lassen, wenn diese von der Oligarchie geduldet wird.

Der Widerstand im Osten des Landes

Der Osten der Ukraine ist sehr viel proletarischer geprägt als der Westen. Deshalb wurde der Maidan nicht unterstützt und die neue Regierung nicht begrüßt. So streikten beispielsweise ostukrainische Bergarbeiter gegen das Kabinett Jazenjuk.

Du willst mehr über die Krise und Krieg in der Ukraine erfahren? – Komm zu den Internationalismustagen der NaO und diskutiere mit Borotba.

Militärisch setzt sich die Opposition aus Deserteur_Innen der regulären Streitkräfte und aus Freiwilligen aus der Ukraine, und weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken zusammen. Dabei ist vor allem Russland zu nennen. Hier

muss klar unterstrichen werden, dass es zwar russische Soldat_Innen in der Ukraine gibt, aber eben keine regulären Truppen. Ihre Zahl liegt bei 35.000-40.000, wobei höchstens 5.000 aus Russland kommen. Sie strömen in die Ukraine, um einen antifaschistischen Widerstandskampf zu führen, sind selbst aber teilweise russisch-nationalistisch. Unterstützung mit Material und Waffen erfahren die „Separatist_Innen“ deshalb auch durch Russland.

Es wird von einigen dortigen Machthabern eine unabhängige Republik Neurussland angestrebt, die sich wirtschaftlich an Russland orientieren soll. Die Bevölkerung dieser Gebiete jedoch hat hauptsächlich Angst vor einem nationalistischen, repressiven ukrainischen Regime (Verbot der russischen Amtsprache, Kultur usw.) und weiß, dass sie von einer Westintegration nur soziale Verwerfungen zu befürchten hat und fordert aus diesen Gründen Gebietsautonomie. Allerdings ist die Führung auch nationalistisch und nicht fortschrittlich. Ist die Unabhängigkeit von der Ukraine erreicht, muss der Kampf um die soziale Frage fortgesetzt werden und eine Bewegung der Lohnabhängigen erreicht werden – unabhängig vom russischen Imperialismus. Es gibt jedoch auch Kräfte im Donbass, die soziale Forderungen stellen und diese auch auf die gesamte Ukraine übertragen wollen. Letztlich jedoch kann eine Unabhängigkeit der Ostukraine, ebenso wie soziale Reformen, nur außerhalb des Kapitalismus erreicht werden.

Opposition im Westen und Unterstützung selbiger

In der Westukraine ist eine Opposition gegen das Regime kaum existent und wird wie oben bereits gesagt stark repressiert. Der bestehende Widerstand, wie z.B. die Organisation Borotba, die natürlich auch im Osten tätig ist, muss von uns gerade deswegen Unterstützung und Solidarität erfahren, was aber nicht heißt, dass wir mit Borotba angesichts ihrer gewissen Stalinophilie nicht kritisch umgehen. Deswegen aber die Solidarität verweigern und gar keine Position zum Ukraine-Konflikt zu beziehen, wie das große Teile der Linken in Deutschland tun, lässt selbige Linke unfähig zum Internationalismus ausschauen.

Es gilt, die gesamte Opposition zu differenzieren: Einige ukrainische Anarchist_Innengruppen versuchten Borotba und andere Oppositionelle aus dem kommunistischen Spektrum in Misskredit zu bringen und sich als

„wahren“ Widerstand darzustellen – ihre Spuren führen jedoch zur Unterstützung des Maidan.

Die Rolle der Imperialisten

Der Ukrainekonflikt legt die Konkurrenz zwischen dem den imperialistischen Machtblöcken im Osten (Russland) und dem Westen (USA, Europa, wobei auch diese in Konkurrenz stehen) offen. Jede der Seiten will das Land gleichermaßen in seine Strukturen einbinden und letztlich seine Rohstoffe und vor allem die Klasse der Lohnabhängigen ausbeuten.
Im Westen ist die USA tonangebend. Sie hat ein Interesse daran Russland zu schwächen und abhängige Verbündete bis an die Grenze Russlands zu haben. Dabei ist die USA sehr aggressiv, da die verhängten Wirtschaftssanktionen Russland auch den Konkurrenten Europa treffen. Europa dagegen hofft teilweise eher auf eine Verständigungslösung, da es ein zwingendes Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen mit Russland hat. Letztlich hat die USA geschafft zwei imperiale Konkurrenten zu schwächen.
Im Westen wird durch die Medien immer wieder vom bösen Putin und der falschen russischen Propaganda erzählt. Verschwiegen wird dabei, dass auch im Westen die Propagandamaschinen auf Hochtouren laufen, um die Bevölkerung in das Fahrwasser der westlichen Imperialpolitik zu zwingen. So wurde beim tragischen Abschuss des malaysischen Passagierflugzeuges im Juli der Verantwortliche schnell gefunden: Putin. Beweise sind Spiegel, Springer und Co. bis heute schuldig.
Mittels der NATO macht der Westen mit der USA an der Spitze auch militärisch mobil gegen Russland. Dabei sind vor allem Manöver im Schwarzen Meer und der Westukraine, auch mit der ukrainischen Armee und eine Truppenverstärkung von 5000 Soldaten in Grenznähe zu Russland sowie 400 Militärberater zu nennen. Außerdem gibt es erneut die Forderung, dass alle NATO-Länder ihren Militäretat auf mind. 2% des Bruttoinlandsproduktes bringen sollen.
Auf der anderen Seite hat sich Russland mit seiner Besetzung und anschließendem wenig demokratischen Referendum der überwiegend russischen Bevölkerung die Halbinsel Krim im Schwarzen Meer einverleibt. Die Propaganda Russlands unterliegt dabei ähnlich wie im Westen dem Ziel

das eigene Vorgehen zu rechtfertigen.
Russland selbst kann mittlerweile nur noch auf eine Ostintegration der unabhängigen Republiken hoffen, die alleine nicht überlebensfähig wären. Dazu unterstützen sie die Separatisten vermutlich mit Waffen, was nie klar bewiesen werden konnte. Auch Russland hat in den letzten Monaten größere Manöver durchgeführt und dabei sogar seine Nuklearwaffen zur Schau gestellt. Zwar unterstützen sie momentan wie wir die Unabhängigkeitsbewegung und präsentieren sich als antifaschistischen Schutzpatron der russischsprachigen Bevölkerung. Letztlich jedoch will Russland genauso wie die anderen Imperialisten die Ukraine in seine Einflusssphären einbinden und wirtschaftlich auspressen. Allerdings ist es dabei nicht so aggressiv wie die NATO und bedient sich nicht des Faschismus.

Der russische Imperialismus hat ohnehin noch die Gaskarte als Trumpf in der Hand, um Kiew und den Westen unter Druck zu setzten – und somit einen verstärkt militärischen Imperialismus weniger nötig. Ein Anschluss der Ostukraine liegt jedoch nicht in Putins Interesse – wer will sich schon eine zerstörte Gegend mit kampferprobter, proletarischer Bevölkerung ins Land holen, wo man diese doch nur ausschlachten will?

Fazit

Wie wir sehen ist die Ukraine ein Spielball der Imperialmächte. An dieser Krise sind die entscheidenden Konkurrenzkämpfe, die die Welt heute bestimmen, so offen und klar hervor getreten wie schon lange nicht mehr. Die anhaltende wirtschaftliche Schieflage der Ukraine und die jetzige Krise haben einen rasanten Aufstieg des Faschismus bewirkt, welcher von der westlichen Welt geduldet wird und das Potential hat, in naher Zukunft an die Macht zu kommen.

Deshalb sollten sich alle Sozialisten mit dem Befreiungskampf der Separatisten solidarisieren und für soziale Forderungen und eine starke Bewegung der Werktätigen eintreten, wobei sie darüber hinaus die sozialistische Perspektive als einzige Lösung ohne imperiale Einflussnahme für die gesamte Ukraine und aufzeigen müssen. Dazu wird sich zunächst auch die Frage des Aufbaus einer internationalistisch-kommunistischen

Massenpartei der Lohnabhängigen sowie einer solchen Jugendorganisation stellen.

Ein gemeinsamer
Artikel von Joseph Hirsch, [’solid] Fulda und Henry Schmidt, REVOLUTION Fulda

---

Der Kampf um ein freies Kurdistan – Unterstützung und Widerstand außerhalb Kobanês

Vor rund einem Monat veröffentlichten wir einen Text mit dem Titel „Der Kampf in Kurdistan – Entwicklungen und Perspektive“ (http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/der-kampf-in-kurdistan-entwicklungen-und-perspektiven/), der auch in unserer neusten Zeitung abgedruckt ist. Zum Zeitpunkt des Schreibens war Kobanê erfolgreich gegen den IS gehalten worden, dieser wurde immer wieder zurückgedrängt. Mittlerweile steht der IS in Kobanê und die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien ist so bedroht wie noch nie – ein weiteres Massaker droht, bzw. findet statt. Aber neben der Bedrohung wurde gleichzeitig auch außerhalb von Rojava der Widerstand größer – um diesen soll es hier gehen.

Um diesen jedoch zu verstehen, werfen wir auch nochmal einen Blick auf die Rolle und Mitschuld anderer Staaten und schauen gegen was wir dort kämpfen müssen.

Die türkische Polizei setzt Tränengas gegen protestierende Kurd_Innen ein. Quelle:

http://bilder1.n-tv.de/img/incoming/origs13741796/8492732695-w1000-h960/49223952.jpg

Aufstände in der Türkei

Die türkische Armee steht gleich hinter Kobanê an der syrischen Grenze, die AKP-Regierung Erdogans brachte vor kurzem eine Erklärung zum militärischen Eingreifen in Syrien heraus, dass Interesse ist hier aber eine Beseitigung des vormaligen Verbündeten, nur seit dem Bürgerkrieg nicht mehr haltbaren, Baschar al-Assad, sowie eine „Niederwerfung der PKK". Dazu unterstützt der türkische Staat auch den IS: Offenhalten der Grenzen für IS-Kämpfer und der Ankauf von Öl aus dem vom IS kontrollierten Raffinerien, Behandlung der Terroristen in türkischen Krankenhäusern. Gleichzeitig hält man die Grenzen für kurdische Kämpf_Innen dicht und wenn diese die Zäune einreißen wird mit Tränengas und scharfer Munition seitens des türkischen Militärs geantwortet. Am Wochenende wurden außerdem 3 deutsche Journalisten verhaftet.
Die rechtskonservativ-islamistische AKP-Regierung strebt eine „Pufferzone" an der Syriengrenze an – diese entstünde also genau dort, wo Rojava ist. Genau das muss den Kurd_Innen bewusst gemacht werden. Die Meisten wissen das sicherlich auch, doch andere fordern aus reiner Verzweiflung ein militärisches Eingreifen mit Bodentruppen in Kobanê – doch bevor die Türkei gegen IS kämpft und zerschlägt wird sie viel wahrscheinlicher die kurdischen Strukturen zerstören.

Die Kurd_Innen haben von diesem türkischen Staat nichts zu erwarten. Überall in der Türkei brachen Proteste und Aufstände los. Die Türkei antwortet auch hier mit der schärfsten Repression: Ausgangssperren in einigen Städten, massives Polizei – und Militäraufgebot, scharfe Munition und Tränengas – es wird von über 30 Toten gesprochen. Zum 14.10. bombardierte die Türkei gar mit F-16 Kampfjets die kurdische Region Hakkari in der Nähe zum Irak – die ersten Angriffe aus der Luft seit eineinhalb Jahren.

Daneben attackieren bewaffnete faschistische und islamistische Mobs der „Grauen Wölfe" oder „Hizbullah"(nein, nicht die im Libanon), ohne daran

gehindert zu werden, Kurd_Innen und linke Türk_Innen. Aber diese wissen sich militant und ebenfalls mit Waffen wie Molotow-Cocktails zur Wehr zu setzten, z.B. wurden Parteizentralen der AKP und Sitze islamistischer Organisationen angegriffen. Keine Frage: Ohne die Unterstützung der kurdischen Gemeinde der Türkei, wäre Kobanê längst gefallen, schaffen sie es doch immer wieder irgendwie Waffen und Lebensmittel nach Kobanê zu bringen.

Ihre zentralen, von uns klar unterstützen Forderungen sind:

– Stopp des türkischen Staatsterror gegen die kurdische Bewegung
– ein Waffenkorridor nach Kobanê, Aufhebung des Embargos
– schwere Waffen, vor allem Panzerabwehr, für die Selbstverteidigungskräfte von Rojava, der YPG / YPJ – sie haben bewiesen, dass sie die effektivsten Kämpfer_Innen gegen den IS sind
– Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und kurdische Kämpfer_Innen
– massive humanitäre Unterstützung Kobanê
– Aufhebung des PKK – Verbotes, Freilassung aller politischen Gefangenen
– Einstellung jeglicher Unterstützung des IS seitens des türkischen Staates

Solidarität erfahren die Kurd_Innen dabei seitens der türkischen Gewerkschaft KESK und von der türkischen Linken, welche den Protest auch in Städte mit wenigen Kurd_Innen tragen. Diese Zusammenarbeit gab es in der Vergangenheit weniger, Kämpfe führte man eher getrennt. Genau hier liegt die Perspektive für den kurdischen und türkischen Widerstand gegen die Unterdrückung. Momentan ist macht diese Bewegung nur einen kleineren Teil der türkischen Bevölkerung aus – über 60 % der Bevölkerung steht hinter AKP und anderen, reaktionären Parteien. Gerade weil die soziale Schieflage auch in der Türkei immer größer wird, muss gemeinsam eine Alternative der türkischen Linken und der Befreiungskämpfe Kurdistans aufgezeigt werden, die der sozialistischen Organisierung einer Gesellschaft mit der Arbeiter_Innenklasse als Basis.

Die bürgerliche PKK und ihr syrischer Ableger PYD vertreten diesen Standpunkt nicht, stellen nicht die Eigentumsfrage. Dennoch: Sie sind zur Zeit die progressivsten Kräfte im gesamten Nahen Osten und wir lehnen sie

nicht ab – im Gegenteil: Wie groß unsere Unterstützung für diese Kräfte ist, wird der Artikel noch zeigen! Das heißt aber nicht, dass wir sie nicht auch kritisieren, wie im oben erwähnten Artikel bereits ausführlicher geschehen. Eine wesentliche Schwäche der Gezi-Bewegung im letzten Jahr war das Fehlen einer Kraft, die ein klares Programm, eine klare Alternative vertritt. In unseren Augen stellt nur eine revolutionäre-internationalistische Partei mit klar sozialistischer Ausrichtung, und Bezug zur Arbeiter_Innenklasse eine solche Alternative. Die Lage in Kurdistan und der Türkei machen den Aufbau einer solchen Kraft genau jetzt notwendig.

Widerstand in Nahost

In den anderen Teilen Kurdistans, die im Irak, Syrien und dem Iran liegen ist der Kampf um Rojava ebenfalls ein zentrales Thema.

Syriens Diktator Assad überließ bei Ausbruch des Bürgerkrieges die Kantone der Rojava den Kurd_Innen, welche seitdem von YPG / YPJ verteidigt werden. Das Land ist im Bürgerkrieg versunken, zu großen Teilen unter der Kontrolle des IS, die Widerstandsgruppen sind stark zersplittert und Assad mordet weiter gegen das syrische Volk, 40 % von diesem sind auf der Flucht. Teile der FSA, deren Führungen sich teilweise auch dem Imperialismus als Handlanger anbietet, lehnen die Unterstützung der Kurd_Innen ab, andere Teile kämpfen mit ihnen zusammen. In diesem taktischen (nicht politischen), gemeinsamen Kampf liegt die einzige Hoffnung, um den IS in Syrien zu zerschlagen und die Revolution neu zu entfachen.

Im Irak nahm diesen Sommer die Offensive des IS ihren Anfang. Inzwischen gab es enormen Zulauf aus den sunnitischen Teilen der Bevölkerung, vor allem von Arbeitslosen und ehemaligen Militärs unter Hussein, denen sich der IS als allgemeiner Vertreter anbietet. Diese soziale Basis – Kleinbürgertum und deklassiertes Proletariat (Arbeitslose, prekär Beschäftigte) – macht den IS zu einer religös – fundamentalistschen, faschistischen Kraft. Er kontrolliert große Teile des Landes, die von der USA aufgebaute irakische Armee konnte ihm nichts entgegensetzten.

Auch hier stützen sich die Kurd_Innen aufeinander – die HPG (der

militärische Arm der PKK), YPG / YPJ und die Peschmerga der PUK und KDP Barzanis (zu einer Charakterisierung dieser ebenfalls den Link oben anklicken) konnten jüngst beispielsweise die strategisch wichtige Grenzstadt Rabia an der syrischen Grenze vom IS befreien. Unterstützung gibt es dabei von der „Koalition der Willigen“ – aber auch nur für die ihm wohlgesonnenen Peschmerga.

Der Iran hat mit dem kurdischen Kampf noch am wenigsten zu tun. Doch auch der Iran trug dazu bei, den IS zu stärken – war er doch an der Niederschlagung sunnitischer Aufstände im Irak beteiligt und schürte so deren Wut. Die Kurd_Innen selbst werden freilich auch hier unterdrückt, es gibt Gefechte zwischen HPG und iranischer Armee, die Bevölkerung protestiert auch gegen die Untätigkeit dem IS gegenüber.
Im gesamten Nahen Osten scheinen die Herrscher, bzw. die Statthalter des Westens den Fall Kobanês hinzunehmen – würde der kurdische Erfolg doch ihren Einfluss schmälern.

Doch genauso solidarisieren sich einige Menschen trotz der Hegemonie von reaktionärer Ideologie im Nahen Osten von Afghanistan bis zum Mittelmeer mit Kobanê, sehen sie doch in ihm eine Hoffnung abseits von Islamisten und Imperialisten.
Für den Erfolg dieses Kampfes stellt sich genau die gleiche Frage, wie oben bei der Türkei: Die Frage einer sozialistischen Partei mit revolutionärem Programm, welches fähig ist den aktuellen Kampf zum Kampf der Lohnabhängigen und Ausgebeuteten zu machen, nicht zu einem der Eliten, Clans und Imperialisten. Denn darunter haben die Menschen genug gelitten.

Solidarität aus aller Welt?

Aus der USA, dem Hauptverantwortlichen für die Situation im Nahen Osten, gibt es bislang kaum Solidarität mit den Kurd_Innen. Dabei müsste doch aus dem Irak und Afghanistan bekannt sein, wozu eine militärische Intervention im Nahen Osten führt. Hier sei erneut auf den Link oben verwiesen.

Aktuell „unterstützen“ die USA und ihre Koalition mit Luftschlägen den kurdischen Kampf. Blöd nur, dass Kobanê selbst sagt, dass

sie davon bisher wenig sahen – erst seit der IS in der Stadt steht, wird gebombt… und die Stadt zerstört. Vorher war es anscheinend wichtiger, Raffinerien und Ölförderanlagen zu bombardieren – aus Sicht der USA sind diese natürlich viel wichtiger. Das ist also ein „humanitärer Einsatz“. Wenn die YPG / YPJ die Luftschläge ausnutzen können, sollen sie das freilich tun. Wir lehnen diese jedoch entschieden ab – sind sie doch nur der Versuch, den Nahen Osten nach den imperialen Interessen neu zu ordnen – wie gut das funktioniert ist bekannt. Die beste Waffe gegen den IS sind nach wie vor die YPG / YPJ – doch Ausrüstung gibt es nur für wohlgesonnene Helfer des Imperialismus – z.B. die Peschmerga. Mit den Bomben spielt der Westen zudem dem IS zu und treibt nur noch mehr Menschen, die vom Imperialismus genug haben in seine Hände des IS – und das mittlerweile aus aller Welt – allein aus Europa und der ehemaligen Sowjetunion 4.300 Kämpfer (ZEIT ONLINE, 4.9.2014).

Wir unterstützen deshalb den Aufruf der Genoss_Innen der Workers Power aus den USA, die Antikriegsbewegung neu zu entfachen und dem Imperialismus in den Rücken zu fallen.

Europa trägt ebenfalls eine Mitschuld an der Krise in Nahost. Vor allem die Duldung der Politik Erdogans und der AKP ist da zu erwähnen (schließlich soll der NATO-Partner und Handelspartner der EU nicht vergrault werden). Die Heuchelei der Politiker_Innen kennt keine Grenze: Man helfe ja, liefere Waffen – natürlich nicht an die YPG / YPJ, da ja sonst wieder einem Erdogan und den eigenen imperialen Interessen ans Bein gepinkelt würden.

Doch hier in Europa leben auch die meisten Kurd_Innen außerhalb der kurdischen Gebiete. Überall gehen Menschen auf die Straße: in Großbritannien, in Frankreich, in Österreich. In Wien gingen am Wochenende bis zu 7000 Menschen auf die Straße, auch REVOLUTION Austria war dabei. Es gibt Spendenkampagnen zur Unterstützung von Rojava. Der wesentliche Erfolg ist aber, dass der kurdische Kampf sichtbarer wurde, auch wenn die bürgerlichen Medien wie üblich gern Tatsachen auslassen oder verdrehen, wie z.B. die Aufstände in der Türkei, über die wenig berichtet wurde. Nichtsdestotrotz wissen mittlerweile die meisten Menschen, dass es ein Kobanê gibt und wer dort gegen wen kämpft, dass war

seit Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien nicht der Fall – auch wenn der Grund für diese Sichtbarkeit ein mörderischer Krieg ist.

Unterstützung in Deutschland?

Zur Rolle des deutschen Staates sei auf die Zeilen unter Europa verwiesen. Wir wollen nur kurz ein paar Fakten liefern: die Türkei ist der größte Abnehmer deutscher Waffenexporte, jüngst beschloss die Bundesregierung Waffenexporte in die Arabische Emirate (sehr wahrscheinlich finanzielle Unterstützer des IS), Verfolgung kurdischer Aktivist_Innen in der BRD, Lieferung von chemischen Kampfstoffen, die auch gegen Kurd_Innen eingesetzt wurden. Damit sollte die Verantwortung des deutschen Staates klar sein.

Auch hier wird es Workshops zum kurdischen Kampf geben…

Auf die Rolle der SPD und CDU / CSU als Teil der Bundesregierung brauchen wir auch nicht eingehen – interessanter wird's bei den GRÜNEN: Am Wochenende wurde doch tatsächlich aus ihren Reihen gefordert, die Bundeswehr zur nach Kobanê zu schicken. Die GRÜNEN stehen damit auch als Opposition weiterhin nach Kosovo und Afghanistan zuverlässig und konsequent auf der Seite des deutschen Imperialismus.
Bei der LINKEN reichen die Losungen von Waffenbefürwortung im Sinne einer Regierungsfähigkeit (Gysi), bis hin pazifistischen Positionen („Die sollen das mal friedlich lösen!").

Zusammenfassend kann man hier sagen: Solidarität mit den Kurd_Innen aussprechen, auch mal auf eine Demo gehen, aber wirklich praktisch wird diese Solidarität nicht. Sogar Linkspartei-Abgeordneter Stefan Liebich taucht hin und wieder auf den kurdischen Solidaritätsdemos in Berlin auf und lässt sich mit den Aktivist_innen ablichten. Vor einigen Wochen stand er noch auf der pro-imperialistischen Seite der Proteste, nämlich als der Gaza-Streifen bombardiert wurde und er die blau-weiße Fahne Israels schwenkte. Wir

begrüßen die breite Solidarität mit den Kurd_Innen, aber wir wollen an dieser Stelle betonen, dass wir den Kampf gegen den IS als einen antifaschistischen, antiimperialistischen bezeichnen. Es ist kein Kampf gegen den Islam als Religion, so wie es so manche Antideutschen bezeichnen würden. Wir treten nach wie vor für säkulare Staaten und Religionsfreiheit ein, im Nahen Osten und überall sonst.

Auch in der radikalen Linken ist das sichtbar: Oftmals bleibt eine Positionierung zu dem Konflikt aus („Das ist so unübersichtlich, da versteht man eh nichts!"), praktische Solidarität mit der YPG / YPJ bleibt aus. Das alles lässt Teile der deutschen Linken doch recht unfähig wirken.

Dabei ist der kurdische Widerstand in Deutschland der größte in Europa. Welche Kraft schaffte es zuletzt bis zu 100.000 Menschen in Deutschland auf die Straße zu bringen, wie am vergangenen Samstag in Düsseldorf? Auch wir von REVOLUTION waren zusammen u.a. mit der ARAB und der Bonner Jugendbewegung am internationalistischen Block beteiligt. An anderen Orten werden Parteizentralen und Gewerkschaftshäuser von Kurd_Innen und Linken besetzt, um diese Organisationen auf ihrer Untätigkeit und fehlende Solidarität mit Rojava hinzuweisen und sie zur Unterstützung aufzufordern. Auch das unterstützen wir: REVOLUTION-Kassel besetzte letzte Woche zusammen mit dem Studierendenverband der Kurd_Innen YXK über mehrere Stunden das Parteibüro der SPD. Auch werden schon mal Bahnhöfe und Straßen besetzt, um auf Kobanê aufmerksam zu machen.

REVOLUTION auf der kurdischen Großdemo in Düsseldorf. Im Hintergrund die Abschlusskundgebung auf dem völlig überfüllten Platz vor dem Landtag.

Das der Widerstand und die Unterstützung der Kurd_Innen auch hier in Deutschland dringend notwendig ist, zeigte sich als in Hamburg und Celle IS-

Anhänger protestierende Kurd_Innen mit Messern angriffen und verletzten. Daneben gibt esaußerdem noch Salafis wie Pierre Vogel, der sich vom IS nicht distanziert und die Scharia bewirbt.

Da die Bundesregierung und anderen Herrschenden offenbar still beschlossen haben, Kobanê fallen zu lassen, haben wir uns als Teil der NaO (Neue antikapitalistische Organisation) zusammen mit der ARAB (Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin) dazu entschlossen, Spenden für die PYD und ihren militärischen Arm der YPG / YPJ zu sammeln – die Kampagne ist schon jetzt ein großer Erfolg, die ersten 30.000 Euro wurden bereits übergeben, es gibt bereits Unterstützung aus anderen Ländern, zahlreiche Organisationen schlossen sich bereits an. Die Kampagne hat das Potenzial, das Fehlen von Solidarität zu überwinden. Wir rufen weiter zur Unterstützung der Spendenkampagne auf, hier geht es zu unserem Aufruf: (http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/solidaritaet-mit-rojava-widerstand-braucht-waffen-sieg-der-ypgypj/).

Nach dem die Postbank das erste Spendenkonto politisch motiviert blockiert hat, hier das neue Spendenkonto:

Empfänger: MD

IBAN: DE98 5005 0201 1243 1674 49

BIC: HELADEF1822

Über den Charakter der PYD berichteten wir bereits, doch das ist kein Grund zur Solidaritätsverweigerung, das Ganze ist letztlich eine Frage zwischen einem Kobanê unter IS und einem Kobanê, was den demokratischsten Hort des gesamten Nahen Osten darstellt.
Wir müssen den gerade erst begonnen Kampf intensivieren und weiter führen, dazu laden wir alle Organisationen und speziell die kurdischen zur gemeinsamen Aktion ein!

Wir fordern ergänzend zu den oben erwähnten Punkten:

– Internationale Anerkennung von Rojava

– Abzug aller imperialistsicher Streitkräfte aus der Region
– den weiteren Aufbau von Solidaritätsbündnissen zur Unterstützung des kurdischen Widerstandes
– Stopp aller Waffenexporte in die Türkei, die arabische Emirate und an sonstige imperiale Handlanger und Despoten
– strukturelle, humanitäre Hilfe und Waffenlieferungen an die YPG / YPJ ohne irgendwelche imperialen Bedingungen
– eine taktische – nicht politische – Einheitsfront aller kurdischen, syrischen & irakischen Milizen, die sich IS entschlossen entgegenstellen
– Aufbau von proletarischen Rätestrukturen – Zerschlagung der korrupten Clanstrukuren, Einparteienherrschaften und Diktaturen in Kurdistan und dem gesamten Nahen Osten
– den Aufbau einer revolutionär sozialistischen Massenpartei in Kurdistan und den anderen Ländern in Nahost
– Kampf dem IS, Kampf dem Imperialismus– nicht nur in Kobanê, sondern überall
– Unterstützung
der Spendenkampagne „Waffen für Rojava – Solidarität mit der YPG & YPJ“

Bijî Berxwedana Kobanê – Freiheit und Sozialismus für Kurdistan!

Ein Artikel von Lars Filder, REVOLUTION Fulda

Solidarität mit Rojava: Widerstand braucht Waffen, Sieg der YPG/YPJ

Der mutige Widerstand des kurdischen Befreiungskampfes im Kanton

Kobanê an der türkisch-syrischen Grenze hält seit rund einem Monat die internationale Linke im Bann. In den letzten zwei Wochen, mit der beginnenden Belagerung des Hauptortes Kobanê, ist dieser Kampf auch zu einer Frage geworden, mit der sich die gesamte Weltgemeinschaft beschäftigt.

Wir, die internationale kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION, sprechen unsere Bewunderung und unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem bewaffneten Kampf der Kurden und KurdInnen, sowie der YPG/YPJ, den Selbstverteidigungskräften Rojavas, gegen die Terroristen des „Islamischen Staates“ aus.

Obwohl sie schlechter ausgerüstet sind und zahlenmäßig unterlegen, halten sie bisher Stellungen, die die Imperialisten aus USA und Deutschland schon für verloren erklärt hatten, bevor der Kampf überhaupt erst begonnen hatte.

Doch der Widerstand in Kobanê und in Rojava braucht dringend unsere Solidarität, unsere praktische Unterstützung. Wir wissen, dass Solidaritätsbekundungen Mut im Kampf spenden können. Wir wissen, dass Massenproteste in Europa politische Unterstützung sein können. Und beides ist unerhört wichtig. Aber in einem militärischen Konflikt braucht man moderne Waffen, um sich verteidigen zu können. An diesen mangelt es den KämpferInnen der YPG/YPJ.

Deshalb haben wir uns gemeinsam mit der Neuen antikapitalistischen Organisation (NAO) und der antifaschistischen revolutionären Aktion Berlin (ARAB) dazu entschlossen, die Kampagne „Waffen für Rojava – Solidarität mit der YPG/YPJ“ zu beginnen, die Spenden für Waffen für die YPG/YPJ sammeln wird. Die Gruppe Perspektive Kurdistan hat sich fast unmittelbar angeschlossen, weitere Anfragen sind bereits eingegangen. Heute wird die Kampagne nun formell mit einer Pressekonferenz gestartet, nachdem wir in den vergangenen sieben Tagen bereits über FB und Mundpropaganda rund 26´000 Euro sammeln konnten.

Allerdings wollen wir nicht nur Geld sammeln. Wir wollen die politische Ratlosigkeit unter großen Teilen der Linken überwinden, die sich bisher nicht

entschlossen genug zum kurdischen Widerstand geäußert haben.

Ein Teil mag denken, dass ihr Beitrag Bedeutungslos wäre. Andere mögen die Politik der PKK oder der PYD nicht unterstützen. Doch beides ist falsch.



Mehr Infos zu Kobanê und den Widerstand? – Dann komm‘ zu den Internationalismustagen der NaO nach Berlin!

Unser Beitrag hat eine Bedeutung. Wir können nicht sagen, dass unsere bisherige Aktivität das Blatt im Bürgerkrieg gewendet hätte. Aber sie hat bisher solche Strahlkraft entwickelt, dass sie zu einer internationalen Kampagne zu werden scheint – Schweden, Norwegen, Österreicher und Briten haben bereits gefragt, wie sie sich der Kampagne anschließen können. Und sie hat auch ein wichtiges politisches Moment, denn wir sagen klar, dass wir jegliche militärische Intervention der Imperialisten, der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten ablehnen. Das wir aber gleichzeitig den Kampf praktisch unterstützen wollen und das Recht der KurdInnen anerkennen für ihre Selbstbestimmung auch mit der Waffe in der Hand zu kämpfen!

Auch wir teilen die strategische Politik der PKK und der PYD nicht. Aber wir müssen Seite an Seite mit ihnen im Kampf gegen die Schergen des IS, die Repression des türkischen Staates und ihre Verfolgung in den europäischen Staaten stehen. Wer den Widerstand aus sektiererischen Gründen nicht unterstützen will, weil er die Politik ihrer aktuellen Führung nicht zu hundert Prozent unterstützen kann, der sollte sich fragen, ob er die Politik eines vom IS besetzten Kobanê mehr unterstützen könnte. Wir hingegen wollen die erkämpften demokratischen Rechte in Rojava verteidigen mit dem Ziel sie zu einem Kampf für ein freies, sozialistisches Kurdistan auszuweiten, der auch die Türkei, Syrien, den Irak und den Iran erfassen könnte. Wollen wir, dass das eine realistische Perspektive ist, dann müssen wir im Hier und Jetzt etwas dafür tun. Wir müssen jetzt die KämpferInnen in Kobanê unterstützen.

Wir rufen daher alle Individuen und Organisationen dazu auf:

Unterstützt die Kampagne „Waffen für Rojava – Solidarität mit der YPG/YPJ“. Spendet, verbreitet die Kampagne, schließt euch öffentlich an!

Bijî Berxwedana Kobanê – Freiheit und Sozialismus für Kurdistan!

Spendenkonto:

Empfänger: MD

IBAN: DE98 5005 0201 1243 1674 49

BIC: HELADEF1822

Informationen findet ihr auch unter:
kontakt@nao-prozeß.de
arab@riseup.de

„Mobilitätspartnerschaft“ & „Mare Nostrum“ – Was'n das schon wieder!?

Bei der sogenannten „Mobilitätspartnerschaft“ handelt es sich um eine der täglichen Schweinereien der Refugeepolitik, mit der Flüchtlinge in der EU beim Kampf um das Bleiberecht kämpfen müssen. Denn hinter dem erst mal verlockend klingenden Begriff verbirgt sich ein Abkommen der EU mit einigen afrikanischen Ländern, die südlich an das Mittelmeer grenzen, aber auch mit Ländern wie Georgien oder Armenien.

Diesem Abkommen nach können Flüchtlinge ohne Probleme in jene Transit-

oder Herkunftsstaaten abgeschoben werden können, von wo aus sie ihre beschwerliche und gefährliche Reise begonnen haben oder über die sie die Tore der Festung Europa betraten. Hinzu kommt, dass in jenen Ländern keine oder eine extrem lasche Asylgesetzgebung besteht und Flüchtlinge deswegen von dort aus weiter abgeschoben werden, sollten sie nicht aus jenem Land stammen, sowie die offenen, rassistischen Anfeindungen gegenüber Flüchtlingen aus zentralafrikanischen Ländern in Nordafrika.

Flüchtlinge im Mittelmeer vor Lampedusa

Im Gegenzug wird einer kleinen, elitären Gruppe die Ausreise aus solchen Partnerschaftsländern erleichtert, wie zum Beispiel Professor_Innen und Ärzt_Innen

Jüngst kam im März diesen Jahres zur Unterzeichnung einer solchen „Partnerschaft“ mit Tunesien, welches damit verbunden auch finanzielle und strukturelle Hilfe zur Bekämpfung der Flüchtlingsströme erhält.

Was die EU damit erreichen will, liegt auf der Hand: Man versucht das mitverursachte Flüchtlingsproblem (z.B. Libyenbombardierung 2011) aus dem Blickfeld der Europäer_innen zu verdrängen, um so künftig dem großen Aufschrei aus dem Wege zu gehen, wenn mal wieder hunderte Menschen vor Lampedusa ertrunken sind – da ist es doch wesentlich bequemer, wenn sich Nordafrika um den ganzen Ärger kümmert und die Boote erst gar nicht ablegen könne, um über das Mittelmeer zu fahren.

Hier setzt man auch mit „Mare Nostrum“ an, was, neben dem bereits bekannten Mittelmeerüberwachungssystem Eurosur und der Grenzagentur FRONTEX, nichts anderes als ein Programm zur militärischen Aufrüstung ist: Drohnen, Helikopter, zusätzliche Patrouillenboote, Flugzeuge mit Nachtsichttechnik.

Eingesetzt wurde es im letzten Jahr nach der Flüchtlingskatastrophe mit über 360 Toten vor Lampedusa um mehr Flüchtlinge zu retten. Auf den ersten

Blick stimmt das auch, auf dem Mittelmeer werden seither mehr Flüchtlinge gerettet. Doch erstens wird Italien hier von der restlichen EU im Stich gelassen und verweigert weiter die Aufnahme von Flüchtlingen, zweitens ist das Schicksal der Flüchtlinge mit dem oben beschrieben Abkommen ohnehin schon meist nach der Rettung im Mittelmeer vorprogrammiert: Abschiebung.

Die Aussage, mit Programmen wie diesen beiden betreibe man angesichts immer größer werdender Flüchtlingsströme effektiven Flüchtlingsschutz ist schlicht lächerlich, denn die pure Verzweiflung der Flüchtlinge wird sie auf nur noch riskantere Wege Richtung Europa treiben – Wege, die dadurch mit noch mehr Toten gepflastert sein könnten.

Letztlich wird ein sicherer Weg nach Europa nur durch die Öffnung von Grenzen, der Abschaffung von rassistischen Asylgesetzen und Abkommen wie der Mobilitätspartnerschaft und dem Zerschlagen der Festung Europa und seinen Institutionen gewährleistet sein.

Hier gibt es Hoffnung in eine bis zuletzt immer größer werdende Bewegung – trotz oder gerade wegen Niederlagen wie der Räumung des Flüchtlingscamp am Berliner Oranienplatz oder der Teilräumung der von Flüchtlingen besetzten ehemaligen Gerhardt – Hauptmann – Schule in Berlin, wo der Staat mal wieder sein wahres Gesicht in der Flüchtlingspolitik offenbarte.

Es ist zu erwarten, dass die EU ihren Kampf gegen Flüchtlinge durch neue Gesetze, Abkommen und allerlei (para-)militärischer Technik und Truppen weiter verschärfen wird. Aus diesem Grund kann es für uns nur die Losung geben, uns weiter entschlossen an die Seite der Flüchtlinge zu stellen, den Kampf mit ihnen zu führen und intensivieren. Verbinden werden wir diesen Kampf auch weiterhin mit jenem gegen die Mitverursacher von Flüchtlingsströmen: die deutsche Rüstungsindustrie, das deutsche Kapital – den deutschen Imperialismus.

Quellen:

http://www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/detail/news/umkaempfte_grenze_mittelmeer/

http://www.migration-info.de/artikel/2014-04-03/eu-schliesst-mobilitaetspartnerschaft-tunesien

Ein Artikel von Lars Filder, REVOLUTION Fulda

Naziaufmarsch in Hamm behindert – Immerhin!

Am vergangenen Samstag gab es eine Demonstration von Faschist_Innen in Hamm, selbstverständlich gab es auch Gegenproteste,zu denen u.a. wir aufriefen (http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/gegen-die-demonstration-der-faschistinnen-am-3-oktober-in-hamm/).

Im folgenden findet ihr einen kurzen Bericht, der auswerten soll, was aus unserer Sicht gut und schlecht war.

Die Nazis

Die Angedrohten 300 Leute haben die Nazis bei weitem nicht zusammenbekommen, vielmehr waren zwischen 120 und 200 Nazis an der Demonstration beteiligt. Soviel also zu „Wir sind das Volk“. Dass verhältnismäßig wenig Faschist_Innen anwesend waren lag wohl zum Teil auch an den Erfolgen der Gegendemonstrant_Innen

Die Bullen

Waren leider auch da. Und zwar mit dem vollen Programm: BFE, Hubschrauber, Pferde- und Hundestaffel. Der erste Zusammenstoß mit der Staatsmacht ließ nicht lange auf sich warten. Bereits vor zwölf Uhr gab es die erste Sitzblockade im Bahnhof. Im Verlauf des Vormittags folgten dann zwei weitere, die das Potenzial gehabt hätten die Anreise der Rechten – und

damit ihre Demo – zu verhindern. Die Polizei ließ es sich allerdings nicht nehmen unter der Begründung „Ihr behindert den Bahnverkehr“ die Räumung anzudrohen und durchzuführen. Während dieser Aktion wurden Gegendemonstrant_Innen verprügelt und durch den Bahnhof geschubst, Menschen wurden festgenommen, eine Polizistin wurde verletzt (Nein, wie schade!) und der Bahnverkehr wurde massiv behindert, da die Bahnreisenden, die eben noch friedlich an den eigens für sie freigehaltenen Rändern der Blockaden passieren konnten nun auch direkt den prügelnden, vermummten Bullen ausgesetzt waren und sich z.T. panisch auf die Bahnsteige retteten. Auch im weiteren Verlauf der Gegendemonstration verhielten sich die Staatsbeamt_Innen alles andere als freundlich und vereitelten zwei Versuche auf die Naziroute zu kommen mit Festnahmen und Gewalt. Einem Gegendemonstrant, dem vorgeworfen wurde eine PET-Flasche auf die Polizei geworfen zu haben, wurde als er während seiner Festnahme einen Asthma-Anfall hatte die Behandlung durch Rettungssanitäter der Gegendemonstrant_Innen vorenthalten.

Nachdem der Versammlungsleiter die Gegendemo schlussendlich taktisch klug weit weg vom Bahnhof in einer Sackgasse auflöste wurden die Gegendemonstrant_Innen daran gehindert als geschlossene Gruppe zum Bahnhof zu gehen („wegen Sicherheit“) und das Anmeldeverfahren der darauf folgenden spontanen Demo dauerte ungewöhnlich lange.

Auch am Bahnhof wurde wieder erwartet, dass die Teilnehmer_Innen einzeln oder in Kleingruppen das Gebäude betreten (Wieder „wegen Sicherheit“). Hierbei wurden einzelne Personen, die vorher in den Blockaden gesehen wurden, raus gezogen.

Die Gegendemonstrant*innen

Wir waren mehr als vom Veranstalter erwartet, nämlich ungefähr 700-800. Es war ein ziemlich breites Spektrum von Renter_Innen mit Fahrrad und DGB-Fahne über Sambagruppen bis hin zu (pseudo)-militanten die schwarz vermummt die Totenwinkel des Lautsprecherwagens bewachten.

Trotz des politisch und taktisch „gemäßigten“ Aufrufs gab es, wie bereits erwähnt, Blockaden am Bahnhof und auch später stürmten Anwohner_Innen die Straßen und blockierten, was den Nazis einiges an Verspätung einbrachte.

Das Fazit

Am 3.10 wurden in Hamm einige nicht unwesentliche Erfolge erreicht. Zum ersten Mal gab es dort Versuche einer Blockade, das gefällt uns sehr gut. Für das nächste Mal fordern wir allerdings einen expliziteren Aufruf, der auch Blockaden vorsieht sowie ein Bündnis, dass solche Aktionen taktisch vorbereitet – denn Protest in Seh- und Hörweite reicht uns nicht aus!

Für die Freiheit, für das Leben, Nazis von der Straße fegen!

Ein Bericht von Flo Wasser, REVOLUTION Zülpich

Solidarität mit Rojava – Waffen für die YPG / YPJ!

Die Milizen der selbsternannten „Gotteskrieger“ des islamischen Staates stehen direkt vor den Toren der kurdischen Metropole Kobanê – es droht ein Massaker falls es ihnen gelingen sollte die Stadt einzunehmen. Zusätzlich wird die kurdische Selbstverwaltung in Rojava (Westkurdistan/ Nordsyrien) durch einen am Donnerstag vom Parlament in Ankara genehmigten Einmarsch der türkischen Streitkräfte bedroht.

Die Kämpfer_innen der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG und der Frauenverteidigungskräfte YPJ geben seit Tagen alles, um Kobanê gegen den Ansturm des übermächtigen und hochgerüsteten Feindes zu verteidigen. Mit veralten Waffen, Mut und sehr viel Kreativität gelang es ihnen bisher die Stellungen gegen den IS zu halten, doch die Situation wird von Stunde zu

Stunde kritischer.
Dabei verteidigen die Kämpfer_innen der YPG/YPJ zur Stunde in Kobanê nicht nur die kurdische Selbstverwaltung und deren emanzipatorischen Errungenschaften wie Basisdemokratie und Frauenpartizipation. Sie verteidigen das Gewissen der gesamten Menschheit gegen die von der Nah-Ost-Politik des Imperialismus erzeugte Barbarei: den islamischen Staat (IS).

Auch hier wird es um Kobanê und den kurdischen Kampf gehen…

In diesem Augenblick, da uns stündlich neue, besorgniserregende Meldungen aus Kobanê und Rojava erreichen, können wir es nicht länger bei verbaler Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit belassen. Deshalb haben wir uns entschlossen ab sofort mit einer Kampagne „Solidarität mit Rojava – Waffen für die YPG/YPJ“ zu beginnen, um den Kampf unsere Freund_innen und Genoss_innen vor Ort konkret zu unterstützen.
Wir wollen hier in der Bundesrepublik Geld sammeln, um die militärische Verteidigung eines fortschrittlichen Gesellschaftsentwurfes im Nahen Osten zu unterstützen. Wir hätten eine solche Sammlung früher beginnen müssen. Aber spät zu beginnen ist besser als zu schweigen. Deshalb werden wir in den nächsten Wochen und Monaten unsere Anstrengungen darauf konzentrieren , diese Spendenkampagne für die militärische Verteidigung Rojavas gegen fundamentalistische Reaktion des IS und kolonialistische Besatzungspolitik des NATO-Staates Türkei zu einem erfolgreichen Ergebnis zu führen.

Wir rufen alle Organisationen der politischen Linken, fortschrittliche und antifaschistische Menschen in der BRD und Europa dazu auf ,sich unsere Initiative anzuschließen und jetzt ernst zu machen mit der oft beschworenen „internationalen Solidarität“.

Während die deutsche Regierung die korrupte und feudal-konservative KDP des nordirakischen Kurdenpräsidenten Barzani mit Waffen ausrüstet, dessen Peshmerga-Milizen sich bei der Verteidigung der Jeziden im Nordirak gegen

den IS-Terror bisher nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben, wollen wir die Kräfte der linken kurdischen Befreiungsbewegung YPG und YPJ unterstützen die im August 10 000 vom IS eingekesselten Jeziden das Leben retteten, als sie einen Fluchtkorridor vom Shengal-Gebirge nach Rojava freikämpften.
Dabei möchten wir den selbstorganisierten Ansatz der kurdischen Befreiungsbewegung aufgreifen und als revolutionäre Linke selber aktiv werden anstatt an staatliche Institutionen zu appellieren. Wir sind Antimilitaristen und keine Waffenfetischisten. Sicherlich gibt es im Nahen Osten genug Waffen. Doch wer verfügt über sie?

Wir haben uns auch deshalb zu dieser Kampagne entschlossen weil für uns das gesellschaftliche Projekt in Westkurdistan, die „Kommune von Rojava" von besonderer Bedeutung ist. Nicht nur für den seit über 100 Jahren von kolonialer Fremdbestimmung, Imperialismus und reaktionären Gegenbewegungen wie dem politischen Islam geprägten Nahen Osten, sondern auch für die Zukunft internationalistische Politik und der antikapitalistischen Bewegungen weltweit. Der Aufbau einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Alternative, deren Grundlagen Selbstorganisation, Basisdemokratie, Frauenbefreiung und die Überwindung ethnischer und konfessioneller Spaltungen sind zeigt das eine „andere Welt möglich ist" wenn wir uns auf unsere eigene Stärke besinnen und uns nicht zum Spielball geopolitischer Interessen machen lassen. Seit dem Siegeszug des Neoliberalismus in den 1980er Jahren, den Scheitern der antikolonialen Befreiungsbewegung und dem Kollaps des sowjetischen Blocks hatte die weltweite Linke keine ernstzunehmende eigene Option. Saddam oder USA? Iran oder Israel? Hamas oder Likud? Ghaddafi oder NATO? CDU oder SPD? Es blieb die wohlbegründete Wahl des (vermeintlich) kleineren Übel.
Das Projekt in Rojava und die kurdische Befreiungsbewegung sind für uns eine Chance die lähmende Passivität weiter Teile der Linken, zu überwinden und für den Aufbau einer gesellschaftlich Relevanten antikapitalistischen Bewegung in Europa und der BRD zu lernen.

Wir sind Linke aus verschiedenen politischen Strömungen und mit verschiedenen Hintergründen und Erfahrungen. Natürlich stehen auch wir der politischen Praxis der kurdischen Befreiungsbewegung nicht völlig

unkritisch gegenüber. Aber wir nehmen zur Kenntnis das es ihnen im Gegensatz zu vielen Linken in den Metropolen gelungen ist, die Fehler ihrer politischen Vergangenheit zu reflektieren und in den letzten Jahren zur der wichtigsten fortschrittlichen Kraft im Nahen Osten zu werden. Wir finden das von der kurdischen Befreiungsbewegung deshalb wichtige Impulse für den Wiederaufbau einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung ausgehen. Dies hat jedoch zur Vorrausetzung, dass es der kurdischen Revolution gelingt, sich gegen die militärische Übermacht des IS und der Bedrohung durch einen Möglichen Einmarsch der Türkei zu verteidigen.
Deshalb gilt es jetzt zu handeln: Solidarität mit Rojava – Waffen für die YPG/YPJ!

Spendet für die Verteidigung eines emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf im Nahen Osten!
Hoch die internationale Solidarität!

Spendenkonto:

Empfänger: MD

IBAN: DE98 5005 0201 1243 1674 49

BIC: HELADEF1822

weitere Informationen gibt es unter
kontakt@nao-prozeß.de
arab@riseup.de

Gemeinsamer Aufruf der Antifaschistsichen Revolutionären Aktion Berlin (ARAB) sowie der Neuen antikapitalistsichen Organisation (NaO), welcher auch REVOLUTION angehört

Perspektive: Was kommt nach der Schule?

Eines vorab: Die Jugend ist alles andere als ein heterogene Gruppe, es gibt unter uns privilegierte Untergruppen, genauso wie stark benachteiligte, wobei der Anteil der Benachteiligten selbstverständlich wesentlich höher ist. Jugendliche im Allgemeinen haben im Kapitalismus aber einen schlechten Stand, heute vielleicht noch mehr als vor ein paar Jahrzehnten und in Griechenland und Spanien sicherlich mehr als hier in Deutschland. Als billige Arbeitskräfte werden wir von den Bossen ausgenutzt – oft sind wir auch gerade deshalb abhängig von der Familie – und in den großen Protestbewegungen wird uns kaum Gehör geschenkt.

Die „Karriere“ der meisten Jugendlichen beginnt hierzulande gleich: Wir gehen in die Schule.

Da hören die Gemeinsamkeiten aber auch schon auf, denn es gibt nicht die eine Schule, sondern drei verschiedene Schulformen: Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Der Rest unseres Lebens ist abhängig davon, auf welche Schule wir gehen. Diese Entscheidung wird allerdings nicht uns, sondern von den jeweiligen Schulen und Lehrer*innen gefällt. Mit 9-10 Jahren wird das erste Mal kräftig ausgesiebt. Manche von uns haben das Glück aus wohlsituierten, kleinbürgerlichen Familien zu kommen und bekommen die Empfehlung für das Gymnasium.

Natürlich gibt es auch Ausnahmen von Arbeiter*innenkindern, die auf diese Schulform schaffen – die Regel sieht aber anders aus.

Während 88% der Kinder aus Akademikerfamilien das Gymnasium besuchen, liegt der Anteil der Kinder von Nichtakademiker*innen bei grade mal 46%.

Nach dieser Trennung macht die Schule uns weiterhin fit, aber nicht für’s Leben, sondern für den Arbeitsmarkt, also fit sich den Kapitalist*innen zu verkaufen. Überfüllte Klassenräume, Lehrermangel und Stundenausfälle sind Resultate davon was für Auswirkungen die kapitalistische Krise und mit ihr

einhergehenden Sparprogramme auf unsere Bildung hat.

Nach 10-12 Jahren Regelschulzeit haben wir allerlei an Leistungsdruck erfahren, viele Daten in uns rein gestopft, in Prüfungen wieder ausgekotzt und auch schon etliche Situationen von Diskriminierung erlebt (zum Beispiel den alltäglichen Sexismus). Eine stetig steigende Zahl junger Männer und Frauen kommt mit diesem psychischen Druck nicht mehr klar, Burnout und Depressionen sind längst nicht mehr den ach so hart arbeitenden Manager*innen vorbehalten sondern kommen immer öfter auch bei Schüler*innen und Student*innen vor. Auch die Selbstmordrate steigt.

Depressionen – auch unter Jugendlichen keine Seltenheit mehr. Quelle: http://cdn3.spiegel.de/images/image-363822-breitwandaufmacher-owmy.jpg

Irgendwann gibt es dann Abschlüsse. Und in der Regel gilt wieder: Die Herkunft beeinflusst den Abschluss enorm. Wenn deine Eltern Ärzt*innen, Anwält*innen oder Beamt*innen sind, konnten sie es sich auch eher leisten mehr Geld in deine Ausbildung zu stecken, durch private Nachhilfe oder gar eine Privatschule. Hast du aber das Pech aus einer proletarischen Familie zu kommen sieht das ganze schon anders aus; wird dazu noch bei euch zu Hause kein oder kaum Deutsch gesprochen, dann viel Glück!

Das Kapital freut sich: Endlich neues Menschenmaterial auf dem Markt! Und dazu noch mit bequem gebrochenem Rückgrat, dank Indoktrinierung in der Schule und neuerdings auch nur noch mit 12 statt 13 Jahren Wartezeit!

Mit einem miesen Abschluss erwartet uns entweder gar kein Job, oder dank Agenda 2010 ein Job im Niedriglohnbereich – sprich: Kaum mehr Kohle als Hartz IV, dafür aber 40-50 Wochenstunden arbeiten.

Nicht umsonst trägt unsere Generation jetzt schon den zweifelhaften Titel „Generation Praktikum“.

So ziemlich jede*r von uns hat schon das eine oder andere Praktikum hinter sich. Für die „Arbeitgeber*innen“ ist ein Praktikum eine tolle Sache, denn nicht bezahlte Arbeitskräfte sind immerhin mehr als nützlich. Und da die meisten Praktika nicht mit einer Festanstellung o.ä. Enden, muss der Boss auch keine Verpflichtungen eingehen und sucht sich nach ein paar Wochen einfach ein neues Ausbeutungsobjekt. Unbezahlte Arbeit gab’s übrigens das letzte Mal in Sklavenhaltergesellschaften, wobei sich Sklav*innen wenigstens um Kost und Logis keine Sorgen machen mussten.

Und wo es gerade um miserable Bezahlungen geht: Hat irgendjemand eine Ausbildungsstelle mit fairem Lohn?

Obwohl Azubis in der Regel nicht weniger als reguläre Arbeiter*innen arbeiten, werden sie dennoch viel schlechter bezahlt. Im ersten Ausbildungsjahr liegt der Durchschnittslohn eines Azubis bei 691€ – die Mehrzahl der Ausbildungen wird allerdings schlechter bezahlt, manchmal gibt es auch gar keine Vergütung. Nach der Ausbildung erhoffen sich viele von ihrem Ausbilder übernommen zu werden – werden aber oft enttäuscht. Opel beispielsweise ist dazu übergegangen keinen einzigen Auszubildenden zu übernehmen, sondern ihnen lediglich Zeitarbeitsverträge anzubieten.

Viele Jugendliche machen nach der Schule einen wie auch immer gearteten Freiwilligendienst. Laut Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben dient ein solcher „Freiwilligendienst“ dazu, dass sich junge Männer und Frauen für das Gemeinwohl engagieren können. Und natürlich können sie dabei auch schön ausgebeutet werden! Die Bezahlung von BFD/FSJ ist nicht der Rede wert (330€ maximal, i.d.R. weniger) und trotzdem sind 40-Stunden Wochen ganz normal. Wie wichtig dem bürgerlichen Staat sozialstaatliche Aufgaben wie Alten- und Krankenpflege oder Kinderbetreuung sind erkennt man gut daran, dass ein freiwilliger Wehrdienst nach einem Jahr schon mit mehr als 1000€ besoldet wird, also gut dem dreifachen dessen, was es für eine soziale Tätigkeit gibt.

Auch Arbeitslosigkeit macht vor Jugendlichen nicht halt. Ganz im Gegenteil, in südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien ist gut jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Vielen gelingt es nicht mal nach der

Schule eine erste Arbeitsstelle zu finden. Und gleichzeitig wird in eben diesen Ländern ein massiver Angriff auf die sozialen Systeme wie z.B. Arbeitslosengeld gefahren, was zur Folge hat, dass große Teile der Bevölkerung und speziell die Jugend an Armut leidet.

Die meisten von uns sind von diesen und anderen Fakten alles andere als begeistert. Trotzdem sind die allermeisten Jugendlichen nicht aktiv organisiert. Wo Jugendliche aktiv in Organisationen sind, sind diese Organisationen reformistische, bürgerliche oder sozialdemokratische. DGB Jugend, Jusos und Solid sind in dieser Hinsicht die größten und bedeutendsten. Aber die Tatsache, dass keine dieser Organisationen (nein, auch Solid nicht, siehe http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/5529/) ernsthafte Anstalten macht Jugendliche klassenkämpferisch und revolutionär zu organisieren zeigt, wie notwendig eine revolutionäre, internationalistische Jugendorganisation ist.

Wir Jugendlichen müssen endlich erkennen, dass wir durchaus in der Lage sind unsere Interessen durchzusetzen. Jugendliche sind häufig radikaler und militanter als Erwachsene, gerade das gibt uns die Aufgabe eine kämpferische, unabhängige Organisation aufzubauen und gemeinsam mit der Arbeiter*innenklasse gegen den Kapitalismus zu kämpfen.

Ob in der Schule, der Uni oder an der Arbeit – an all diesen Orten sind wir Angriffen des Kapitals ausgesetzt, egal ob Studiengebühren, Schulzeitänderungen oder mangelnde Übernahmen – gegen all das müssen wir uns wehren!

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION Zülpich